



**Rechnungsprüfungsamt**  
**Schlussbericht 2007**

Eigenbetrieb Betriebshof Stadt Ravensburg

## Inhalt

<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	<b>2</b>
<b>1. Vorbemerkungen</b> .....	<b>3</b>
1.1 Prüfungsauftrag, Umfang und Zeitraum der Prüfung .....	3
1.2 Vorjahresabschluss .....	3
1.3 Prüfungen anderer Institutionen .....	4
<b>2. Rechtliche Grundlagen und Struktur des Betriebs</b> .....	<b>4</b>
2.1 Satzung .....	4
2.2 Organisation.....	6
2.3 Wichtige betriebliche Grundlagen.....	6
2.4 Rechnungswesen.....	6
<b>3. Wirtschaftsplan und Haushaltssatzung</b> .....	<b>7</b>
3.1 Verfahren .....	7
3.2 Bestandteile .....	7
<b>4. Jahresabschluss</b> .....	<b>8</b>
4.1 Aufstellung .....	8
4.2 Jahresergebnis.....	8
<b>5. Erläuterungen zur Bilanz</b> .....	<b>8</b>
5.1 Aktiva .....	8
5.2 Passiva .....	13
<b>6. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung</b> .....	<b>17</b>
6.1 Einhaltung des Erfolgsplans .....	17
6.2 Erfolgsübersicht 2005 bis 2007 mit Planvergleich 2007.....	18
6.3 Kenndaten.....	21
6.4 Abrechnungssummen nach Unterabschnitten .....	22
<b>7. Wirtschaftliche Verhältnisse und Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung</b> .....	<b>23</b>
7.1 Bilanzaufbau, Finanzlage (Strukturbilanz) .....	23
7.2 Liquidität.....	24
7.3 Ertragslage.....	25
7.4 Vermögensplan .....	26
<b>8. Prüfung / Beratung im Beschaffungsbereich</b> .....	<b>29</b>
8.1 Vergaben von Lieferleistungen lt. Beschaffungsliste.....	29
<b>9. Schwerpunktprüfung</b> .....	<b>29</b>
9.1 Geschenkkannahme .....	29
9.2 Auftrags- und Leistungsabrechnung bei internen Aufträgen .....	29
9.3 Auftragserteilung an eine Firma.....	30
9.4 Rahmenbedingungen und Strukturentwicklungen im Personalbereich .....	30
9.5 Verwaltungsteam als Teil des BHR .....	31
9.6 Auftragslage / Aufgabenerfüllung des Eigenbetriebs als Hilfsbetrieb .....	33
9.7 Betriebserfolg / Ermittlung der Leistungszulagen.....	33
<b>10. Ortsbauhöfe</b> .....	<b>34</b>
<b>11. Bestätigungsvermerk</b> .....	<b>35</b>

## Abkürzungsverzeichnis

AfO	Fa. All for One Systemhaus AG Oberessendorf
ARES	Auftragsabrechnungsverfahren
AS	Anlagenbuchhaltung
BA	Betriebsausschuss
BHR	Betriebshof der Stadt Ravensburg
DS	Kosten- und Leistungsrechnung
E&Y	Ernst & Young
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EigBG	Eigenbetriebsgesetz (Baden-Württemberg)
EigBVO	Eigenbetriebsverordnung (Baden-Württemberg)
FS	Finanzbuchhaltung
GemKVO	Gemeindekassenverordnung
GemO	Gemeindeordnung Baden-Württemberg
GemPrO	Gemeindeprüfungsordnung
GPA	Gemeindeprüfungsanstalt
GR	Gemeinderat
GuV	Gewinn- und Verlust-Rechnung
HGB	Handelsgesetzbuch
JA	Jahresabschluss
KIRU	Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen –Ulm.
KR-BHOF	Gemeinschaftskontenrahmen für die Gemeinden, hier Betriebshof - KR-BHOF
OB	Oberbürgermeister
PC	Personalcomputer
PEWS	Personalwesen
RPA	Rechnungsprüfungsamt
TAB	Technischer Ausschuss als Betriebsausschuss
TVöD	Tarifvertrag im öffentlichen Dienst

## 1. Vorbemerkungen

### 1.1 Prüfungsauftrag, Umfang und Zeitraum der Prüfung

Mit Beschluss des Gemeinderats (GR) vom 23.10.2000 wurde der Eigenbetrieb "Betriebshof der Stadt Ravensburg" (BHR), eingerichtet.

Der Betriebshof wird seit 01.01.2001 in der Rechtsform eines organisatorisch selbständigen, aus dem Haushalt der Stadt Ravensburg ausgegliederten Eigenbetriebs nach § 102 Abs. 3 Nr. 3 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) geführt.

Zur Vorbereitung der Beschlussfassung durch den GR ist der Jahresabschluss 2007 auf Grund der Unterlagen der Gemeinde und des Eigenbetriebs vom Rechnungsprüfungsamt (RPA) zu prüfen.

Die Prüfung umfasst den Eigenbetrieb mit den Teams:

- Kanäle, Gewässer, Verkehrssicherung (KAN, VKS)
- Winterdienst (WIN)
- Straßen- und Wegeunterhalt (BAU, ASP)
- Verkehrs- und Elektrotechnik (VTE, VTR)
- Stadtreinigung (STR)
- Gebäudeunterhalt und Veranstaltungen (GEB)
- Stadtbaumpflege, Dekoration, Grünflächen- und Friedhofspflege (Gärtnerei)
- Fuhrpark- und Gerätewerkstatt mit Materialwirtschaft (FUP)
- Verwaltung und Betriebsleitung (VEW)

Prüfungsauftrag:

§ 111 Abs. 1 GemO in entsprechender Anwendung von § 110 Abs. 1 GemO in Verbindung mit § 9 Gemeindeprüfungsordnung (GemPrO).

Prüfungsgegenstand:

Jahresabschluss und Lagebericht nach § 16 EigBG

Prüfungszeitraum:

06/08 - bis 08/08 mit Unterbrechungen

Prüferin:

Barbara Maier.

### 1.2 Vorjahresabschluss

Der Jahresabschluss und der Lagebericht zum 31.12.2006 wurden nach Vorberatung im Betriebsausschuss (28.11.2007) vom Gemeinderat am 03.03.2008 festgestellt, ferner hat der Gemeinderat über den ausgewiesenen Fehlbetrag in Höhe von 89.347,29 € entschieden. Der Jahresfehlbetrag wurde auf die Rechnung 2007 vorgetragen und mit dem Gewinn aus 2001 (69.542,97 €) und dem Verlust aus 2002 (./. 123.455,95 €), 2003 (./. 236.342,65 €) und 2004 (./. 97.586,92 €) sowie

dem Gewinn aus 2005 in Höhe von 141.953,26 saldiert. Die Betriebsleitung wurde für das Wirtschaftsjahr 2006 entlastet. Die ortsübliche Bekanntgabe gemäß § 16 Abs. 4 EigBG ist am 07.03.08 in der Schwäbischen Zeitung erfolgt.

Die Beanstandungen zur Jahresrechnung 2006 wurden ausgeräumt bzw. erneut in den Bericht aufgenommen.

Die Zahlen der Schlussbilanz sind bis auf das Eigenkapital (siehe Ziffer 5.2.1) richtig in die Bücher des Berichtsjahres übernommen worden.

### **1.3 Prüfungen anderer Institutionen**

#### **1.3.1 Überörtliche Prüfung**

Die Eigenbetriebe unterliegen neben der örtlichen Prüfung auch der überörtlichen Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA). Die Zuständigkeit der GPA ergibt sich aus § 113 Abs. 1 GemO. Gegenstand der Prüfung sind die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften bei der Wirtschaftsführung, dem Rechnungswesen sowie der Vermögensverwaltung des Eigenbetriebs (§ 114 Abs. 1 GemO).

Die Prüfung der Eröffnungsbilanz und der Jahresrechnung 2001 wurde im September 2002 durch die GPA vorgenommen. Ein Bericht vom 09.04.2003 liegt vor. Hierüber wurde dem Gemeinderat am 30.01.2006 gesondert berichtet. Bei der von der GPA durchgeführten Bauprüfung 2007 wurden die Maßnahmen des BHR nicht einbezogen.

#### **1.3.2 Jahresabschlusshilfe – Wirtschaftsprüfer**

Die Betriebsleitung hat in Übereinstimmung mit dem RPA bei Eigenbetriebsgründung entschieden den Jahresabschluss mit Unterstützung eines Wirtschaftsprüfers zu erstellen. Es handelt sich um eine Abschlusshilfe, nicht um eine Abschlussprüfung. Es wurde auch für den Abschluss 2007 die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young Deutsche Allgemeine Treuhand AG am 17.12.2007 mit der Erstellung des Jahresabschlusses ohne Prüfungshandlungen beauftragt. Am 25.03.2008 wurde eine entsprechende Bescheinigung erteilt (Erstellungsbericht Ernst & Young S. 6).

Nach Ansicht des RPA sollte die Betriebsleitung jetzt prüfen ob der Abschluss nach nun 7-jähriger Betriebszeit nicht in Eigenregie durchgeführt werden kann zumal die Verwaltung nun aus drei Betriebswirten und einer Bilanzbuchhalterin besteht.

## **2. Rechtliche Grundlagen und Struktur des Betriebs**

### **2.1 Betriebssatzung**

Der Gemeinderat hat am 23.10.2000 (Änderung 27.11.2006) die Betriebssatzung für den Betriebshof der Stadt Ravensburg beschlossen. Der Eigenbetrieb ist nach

den Bestimmungen des Eigenbetriebsgesetzes, der Eigenbetriebsverordnung und dieser Satzung zu führen.

Die Satzung enthält folgende Regelungen:

Name:	Betriebshof der Stadt Ravensburg
Gegenstand:	Die Stadt Ravensburg betreibt ihren Betriebshof (Hilfsbetrieb nach § 102 Abs. 3 Nr. 3 GemO - Deckung des Eigenbedarfs) in der Rechtsform eines Eigenbetriebs. Die Bauhöfe in den Ortschaften sind nicht Bestandteil des Eigenbetriebs.
Aufgaben:	Zu den Aufgaben des Betriebshofs gehören insbesondere Leistungen im baulich-technischen, gärtnerischen und fahrzeug- und gerätetechnischen Bereich für Ämter, Dienststellen und Eigenbetriebe der Stadt Ravensburg, z.B. bei der Unterhaltung und Pflege von Straßen (einschließlich Stadtreinigung und Winterdienst), Kanälen und Gewässern, Signalanlagen, öffentlichen Grünflächen, Spiel- und Bolzplätzen, städtischen Gebäuden und Liegenschaften, der Straßenbeleuchtung, der städtischen Friedhöfe sowie bei Angelegenheiten der Abfallwirtschaft.
Gewinnerzielung:	Der Eigenbetrieb verfolgt keine Gewinnerzielungsabsicht.
Stammkapital:	Von einer Festsetzung nach § 12 Abs. 2 des EigBG wurde abgesehen.
Wirtschaftsjahr:	Kalenderjahr (01.01. – 31.12.)
Kassenführung:	Sonderkasse, die mit der Gemeindekasse verbunden ist.
Organe des Betriebs:	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Gemeinderat</li> <li>• Betriebsausschuss Betriebshof (der Technische Ausschuss nimmt die Aufgaben des beschließenden Ausschusses wahr)</li> <li>• Oberbürgermeister</li> <li>• Betriebsleitung (Erster und Zweiter Betriebsleiter)</li> </ul>

Der Technische Ausschuss in seiner Eigenschaft als Betriebsausschuss Betriebshof beschäftigte sich im Berichtsjahr in 3 Sitzungen mit Angelegenheiten des BHR.

- 28.03.2007: Im Wesentlichen wurden hierbei die Kostenfeststellung der Gebäudeaufstockung und Gebäudesanierung, das Bauinvestitionsprogramm 2007-2008, die Beschaffung von Geräten und Fahrzeugen behandelt.
- 11.07.2007: Kurzbericht zum vorläufigen Jahresergebnis 2006, der Quartalsbericht 30.6.2007 wurde von der Betriebsleitung vorgelegt und der Gesundheitsbericht 2006.
- 28.11.07: Die Feststellung der Jahresrechnung 2006 mit Jahresabschlussprüfung und Entlastung, Bemessung des Betriebserfolges 2006 als Grundlage für die Leistungszulagen der Mitarbeiter, der Quartalsbericht 30.09.2007, die Vorberatung des Wirtschaftsplan 2008, Bericht über den Baufortschritt.

Für den Eigenbetrieb ist Herr Jerg als 1. Betriebsleiter und Herr Lohner als 2. Betriebsleiter bestellt. Jeder Betriebsleiter kann den Betrieb allein vertreten.

## **2.2 Organisation**

Das Organigramm des BHR ist als **Anlage 1** beigelegt. Seit 01.01.2005 sind die Sachgebietsleiterebenen weggefallen und wurde eine Teamleiterstruktur eingeführt.

## **2.3 Wichtige betriebliche Grundlagen**

- Geschäftsordnung vom 14.03.2001 für die Leitung des BHR (D-68-06), trat am 01.01.2001 in Kraft (Änderung 28.05.2008).
- Private Nutzung von Betriebshofeinrichtungen vom 26.02.2002 (DA-68-02)
- Vereinbarung Tiefbauamt (Auftraggeber) und BHR (Auftragnehmer) vom 29.12.2000 (Daueraufträge); gültig bis 2008.
- OB-Verfügung - Vergabe von Aufträgen (Einzelaufträge) an den BHR (D-10-12) vom 12.05.1997 i.d.F. vom 01.03.2002
- Dienstvereinbarung Flexibilisierung der Arbeitszeit (D-68-01) vom 01.04.2004, zuletzt geändert am 01.08.2007.

## **2.4 Rechnungswesen**

### **2.4.1 Grundlagen**

Entsprechend der Regelung aus § 17 EigBG werden alle Zweige des Rechnungswesens (Wirtschaftsplan, Buchführung, Kostenrechnung, Jahresabschluss, Lagebericht) zusammengefasst verwaltet. Sie sind dem Geschäftsbereich des 1. Betriebsleiters zugeordnet (§ 3 Abs. 1 Ziffer 2 der Geschäftsordnung für die Leitung des BHR der Stadt Ravensburg).

Der BHR führt sein Rechnungswesen gemäß § 6 Eigenbetriebsverordnung (EigB-VO) nach dem System der kaufmännischen doppelten Buchführung. Grundlagen sind der nach dem Gemeinschaftskontenrahmen (GKG) der Gemeinden (hier Betriebshof - KR-BHOF) aufgestellte Kontenplan und der Kostenstellenplan.

### **2.4.2 Automatisierte Datenverarbeitung, Programmprüfung**

Die Bausteine der Datenverarbeitung im Betriebshof sind ergänzt. Damit wurde der Betrieb den gesetzlichen Anforderungen gerecht.

- Finanzbuchhaltung (FS)
- Auftragsabrechnungsverfahren (ARES)
- Anlagenbuchhaltung (AS)
- Kosten- und Leistungsrechnung (DS).

Eine Prüfung der Ordnungsmäßigkeit des EDV-Finanzbuchführungs-Systems FS sowie für das Auftragsabrechnungsverfahren ARES der Fa. All for One Systemhaus AG Oberessendorf nach § 114a Abs. 3 GemO liegt vor. Sie wurden von einer Wirtschaftsberatungsgesellschaft (Dr. Ebner, Dr. Stotz und Partner GmbH, Stuttgart) durchgeführt.

Die Freigabeerklärung der Programme nach § 11 Abs. 1 Ziff. 1 GemHVO durch den Oberbürgermeister wurde dem RPA am 29.09.04 nachgewiesen (AV vom 13.05.2004).

### **2.4.3 Kostenrechnung**

Nach § 6 Abs. 4 EigBVO hat der Eigenbetrieb die für die Kostenrechnung erforderlichen Unterlagen zu führen und nach Bedarf Kostenrechnungen zu erstellen. Das entsprechende EDV-Verfahren kam ab 01.01.02 zum Einsatz. Nachdem der Betrieb die Gewinnerzielungsabsicht ausschließt ist der sicheren Kalkulation ein besonderes Augenmerk zu schenken. Auch zum Jahreschluss 2007 war das eingeführte Modul DS leider immer noch nicht in der Lage umfassende Auswertungen zu liefern. Die Betriebsleitung geht erneut davon aus, dass zum Jahresabschluss 2008 erste sinnvolle Verarbeitungen möglich sind.

### **2.4.4 Buchführung, Belegwesen - Einhaltung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung**

Für die Sonderkasse gelten nach § 37 Gemeindekassenverordnung (GemKVO) die Vorschriften der GemKVO entsprechend, so weit nicht in den §§ 38 und 39 etwas anderes geregelt ist. Die §§ 38 und 39 tragen den Besonderheiten der kaufmännischen Buchführung und der wirtschaftlichen Unternehmen Rechnung. Für 2007 liegt die Einsatz- und Feststellungsbescheinigung (nach § 11 Abs. 2 GemKVO) des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen –Ulm für die Anwendung landeseinheitlicher EDV-Verfahren zur Abwicklung von Finanzvorgängen vor (30.05.08).

## **3. Wirtschaftsplan und Haushaltssatzung**

### **3.1 Verfahren**

Gemäß § 14 Abs. 1 EigBG ist für jedes Wirtschaftsjahr vor dessen Beginn ein Wirtschaftsplan aufzustellen.

Nach Vorberatung im Technischen Ausschuss (Betriebsausschuss Betriebshof) am 15.11.2006 hat der Gemeinderat den Wirtschaftsplan am 11.12.2006 verabschiedet. Das gesetzlich vorgeschriebene Verfahren wurde eingehalten.

Mit Erlass vom 19.02.2007 hat das Regierungspräsidium Tübingen die Gesetzmäßigkeit des Wirtschaftsplans 2007 bestätigt und die erforderlichen Genehmigungen erteilt.

Der Vermögensplan weist allerdings auf der Ausgabenseite eine Lücke in Höhe von 70.000 € aus. Die Addition der zu beschaffenden Fahrzeuge und Geräte stimmt nicht mit der ausgewiesenen Summe überein. Unter der Ziffer 7.4 Vermögensplanabrechnung wird auf die Problematik näher eingegangen.

### **3.2 Bestandteile**

Die Finanzplanung (§ 85 GemO i.V.m. § 96 GemO, § 4 EigBVO) bildet neben dem Wirtschaftsplan einen Bestandteil des Haushaltsplans. Der Wirtschaftsplan besteht aus dem Erfolgsplan (§ 1 EigBVO), dem Vermögensplan (§ 2 EigBVO) und der Stellenübersicht (§ 3 EigBVO). Die Bestandteile entsprechen den gesetzlichen Erfordernissen.



## 4. Jahresabschluss

### 4.1 Aufstellung

Aufbauend auf den Jahresabschluss 2006 ist der vorliegende Jahresabschluss aus den Zahlen der Buchführung und den Inventarverzeichnissen entwickelt worden. Unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung wurde der Abschluss nach den Vorschriften der §§ 242 bis 256 und der §§ 264 bis 288 HGB aufgestellt.

Nach § 16 Abs. 2 EigBG ist die Jahresrechnung bis 30.06. des Folgejahres zu erstellen, vom Rechnungsprüfungsamt innerhalb von 4 Monaten zu prüfen und bis Jahresende vom Gemeinderat festzustellen.

Der Jahresabschluss besteht aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang sowie einem Lagebericht. Jahresabschluss und Lagebericht 2007 wurden von der Betriebsleitung am 25.03.08/30.04.08 unterzeichnet und dem RPA nach Änderungen am 08.05.08 und 08.07.08 vorgelegt. Die gesetzlichen Fristen wurden eingehalten.

### 4.2 Jahresergebnis

Der Jahresabschluss weist einen Gewinn von 64.501,61 € (Vorjahr ./89.347,29 €) aus.

Seit 01.01.2005 wird der Betriebshof organisatorisch in Teams unterteilt. Zuvor bestand eine Gliederung in 5 Sachgebiete .

Am Jahresergebnis 2007 waren die Teams wie folgt beteiligt:

Jahresergebnis	2007 €	2006 €	2005 €
<b>(KAN, VKS)</b> Kanäle, Gewässer, Verkehrssicherung	-266.305	-289.488	-166.121
<b>(WIN)</b> Winterdienst	394.997	492.202	709.203
<b>(BAU, ASP)</b> Straßen- und Wegeunterhalt	-223.008	-233.950	-239.838
<b>(VTE, VTR)</b> Verkehrs- und Elektrotechnik	100.975	2.067	-94.260
<b>(STR)</b> Stadtreinigung	22.541	131.362	156.937
<b>(GEB)</b> Gebäudeunterhalt und Veranstaltungen	8.029	-77.133	-101.801
<b>(Gärtnerei)</b> Stadtbaumpflege, Grünflächen- und Friedhofspflege	27.273	-114.407	-122.166
<b>Unternehmensergebnis (+/-)</b>	<b>64.502</b>	<b>-89.347</b>	<b>141.954</b>

Zum Vergleich geben wir die Ergebnisse 2005 und 2006 an.

## 5. Erläuterungen zur Bilanz

### 5.1 Aktiva

Entwicklung der Bilanzsumme

Die Bilanzsumme liegt bei 6.284.744,33 € (Vorjahr: 4.977.359,43 €).

### 5.1.1 Anlagevermögen

Der Restbuchwert des Anlagevermögens beträgt 4.985.703,05 € (Vorjahr: 4.510.369,08 €).

Ein Anlagenachweis nach § 10 (2) EigBVO der nach Teams gegliedert ist und die Entwicklung im laufenden Jahr zeigt, wurde erstmalig erstellt. (Ziffer 10. Seite 10 und Anlage 2.5 des Lageberichts). Die Anlage musste im Prüfungsverfahren korrigiert werden.

Die Entwicklung des Anlagevermögens zeigt im Bericht von Ernst & Young andere Zahlen als der vom BHR aufgestellte Anlagespiegel und –nachweis. Die Abweichung liegt in der Erfassung und Bewertung des historischen Anlagevermögens begründet. Ernst & Young hat die Anlagen mit dem Restbuchwert erfasst. Der BHR hat die Anschaffungskosten und eine verkürzte Abschreibung zugrunde gelegt. Der Erstellungsbericht ist, auf Wunsch der Betriebsleitung, Bestandteil des Jahresabschlusses und muss daher gleichlautend abgefasst werden. Die Differenz im Ausweis der Anschaffungs- und Herstellungskosten zum 01.01.2007 beträgt 1.381.888,02 € und zum 31.12.2007 1.307.856,81 €. Folge dieser abweichenden Erfassung ist, dass bei den Anlagenabgängen und der kumulierten AfA unterschiedliche Werte ermittelt werden. Die Differenzen werden bei den beweglichen Anlagegütern mit dem Jahresabschluss 2008 berichtigt. Bei den Gebäuden ist eine Korrektur nach Angaben der BL nicht möglich, weil sonst jährlich eine manuelle AfA berechnet werden müsste.

Konto-	Anlagevermögen	31.12.2007	31.12.2006
Nr.		€	€
	Summe:	4.985.703,05	4.510.369,08

- **Immaterielle Vermögensgegenstände**

Konto-	Kurz Bezeichnung	31.12.2007	31.12.2006
Nr.		€	€
008000	Immaterielle	857,00	1.999,00
	Summe:	857,00	1.999,00

Für das Programm zur mobilen Datenerfassung wurde die ordentliche Abschreibung in Höhe von 1.142,00 € vorgenommen.

- **Grundstücke**

Gegenüber dem Vorjahr veränderte sich der Wert des Grundbesitzes wie folgt:

Konto-	Kurz-Bezeichnung	31.12.2007	31.12.2006
Nr.		€	€
001000	bebaute Grundstücke	1.562.635,00	1.562.635,00
001100	Gebäude	1.860.903,00	1.411.170,00
	Zwischensumme:	3.423.538,00	2.973.805,00

Anlagenzugänge (542.562,87€) einschließlich der Umbuchungen sind im Erstellungsbericht Seite 2/18 dargestellt. Die Aufstockung und der Vollwärmeschutz des Gebäude Goethestraße 28-30; Dach kl. Fahrzeughalle, Hallendach Mariatal und der Sozialraum im Gärtnereigebäude wurden nach Übertragung durch die Stadt Ravensburg an den Eigenbetrieb verbucht.

Abgänge: überdachter Lagerschuppen (Buchverlust 703,60 €) und ordentliche Abschreibung bei Gebäuden 92.126,81 €.

- **Technische Anlagen und Maschinen**

Konto-	Kurz-Bezeichnung	31.12.2007	31.12.2006
Nr.		€	€
002000	Technische Anlagen	69.035,00	78.914,00
004000	Groß-Geräte u. Maschinen	340.506,00	281.747,00
005000	Geräte u. Maschinen	60.527,00	60.218,00
	Zwischensumme:	470.068,00	420.879,00

Anlagenzugänge (144.994,73 €) und Abgänge (2.776,25 €) siehe Erstellungsbericht, S.3/18. Abgänge ergaben sich aus der ordentlichen Abschreibung (93.029,48 €).

- **Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung**

Konto-	Kurz-Bezeichnung	31.12.2007	31.12.2006
Nr.		€	€
001200	Außenanlagen	51.941,00	43.259,00
003000	Betriebs-u.Geschäftsausst.	99.517,00	112.468,00
003300	Verleihmaterial	9.491,00	3.591,00
003500	geringwertige Wirtschaftsg.	0,00	523,33
006000	Fahrzeuge u. Großgeräte	859.964,00	940.361,00
	Zwischensumme:	1.020.913,00	1.100.202,33

Anlagenzugänge (183.862,69 €) siehe Erstellungsbericht, Anlage 5 S. 4/18; 5/18 und Anlage 2.4 Vermögensplanabrechnung / Lagebericht. Abgänge ergaben sich aus der ordentlichen Abschreibung in Höhe von insgesamt 248.910,74 €. Durch Verkäufe von Altfahrzeugen sind insgesamt Buchgewinne von 1.680,68 € und beim Abgang Buchverluste von 5.669,86 € entstanden.

- **Anlagen im Bau**

Konto-Nr.	Kurz-Bezeichnung	31.12.2007 €	31.12.2006 €
009000	Anlagen im Bau	70.327,05	13.483,75
	Zwischensumme:	70.327,05	13.483,75

Die für 31.12.06 ausgewiesenen 13.483,75 € wurden im Anlagespiegel nicht erfasst und sind dort auch folgerichtig nicht am 01.01.2007 zu finden. Anlagen im Bau müssen im Anlagespiegel ausgewiesen werden.

Im Jahr 2007 wurde mit dem Bau eines Lagerschuppens (Gärtnerei), Carports, einer Kombihalle und internen Umbauarbeiten begonnen.

Die Abgänge betreffen die 2006 begonnenen Sanitäräume (Mariatal) sowie die Toiletten im Gebäude Goethestraße. Die Maßnahmen wurden 2007 fertiggestellt.

### 5.1.2 Umlaufvermögen

Das Umlaufvermögen betrug zum Bilanzstichtag 1.298.230,13 € (Vorjahr: 465.967,65 €).

- **Vorräte**

#### **Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe**

Nach § 6 Abs. 2 EigBVO in Verbindung mit § 240 Abs. 2 Handelsgesetzbuch (HGB) sind beim Eigenbetrieb für den Schluss eines jeden Wirtschaftsjahres als Grundlage für den Jahresabschluss die ihm zuzuordnenden Vermögensgegenstände samt ihrem Wert genau zu verzeichnen. Die Erfassung des Vorratsvermögens erfordert dabei grundsätzlich eine körperliche Bestandsaufnahme.

Die Vorräte wurden zum 01.01.2001 für die Eröffnungsbilanz erfasst und mit Einkaufspreisen bewertet (§ 240 HGB). Ein pauschaler Abschlag in Höhe von 25 % für Ladenhüter, spätere Nichtverwertbarkeit, Qualitätseinbußen durch Alter wurde einmalig berücksichtigt.

Die Inventur zum 31.12.2007 hat in der Zeit vom 23. bis 25.01.2007 stattgefunden. Die Bestände wurde nach der gleitenden Durchschnittspreismethode bewertet.

Konto-Nr.	Kurz-Bezeichnung	31.12.2007 €	31.12.2006 €
030000	Roh-,Hilfs- u. Betriebsstoffe	345.777,95	303.595,03
	Zwischensumme:	345.777,95	303.595,03

Entwicklung der Bilanzwerte in den letzten Jahre:

Sachgebiet	Bilanzwert 2007 €	Bilanzwert 2006 €	Bilanzwert 2005 €	Bilanzwert 2004 €
Kanalunterhalt	4.735,29	3.919,80	4.984,85	338,06
Baul.Straßenun.	53.012,79	53.049,50	48.248,99	28.298,94
Winterdienst	30.892,75	41.027,13	35.098,60	20.638,10
Verkehrsregelung/ Zeichen	119.236,52	71.020,57	77.983,57	71.402,85
Maler	9.790,46	11.539,64	5.775,99	4.440,26
Stadtreinigung	1.073,03	1.643,93	1.054,51	2.510,52
Gebäudeunterh.	3.453,19	2.475,96	3.810,68	7.993,59
Elektroabteilung	61.184,32	54.082,71	59.200,84	68.317,03
Grünpflege	5.363,48	11.138,06	9.965,03	7.016,32
Fuhrpark	30.244,27	26.673,45	18.675,43	20.243,45
Zentrallager	26.791,86	27.024,27	24.223,54	24.214,02
Summe	345.777,96	303.595,02	289.022,03	255.413,14
Bezogen auf 2004	135%	119%	113%	100%

Es ist Aufgabe der Betriebsleitung die Vorratshaltung auf das Notwendige zu fixieren damit hier nicht unnötig Kapital gebunden wird bzw. Risiken aus überdurchschnittlicher Lagerdauer und geminderter Verwertbarkeit entstehen. Nach der Reduzierung von 2003 auf 2004 ist 2005, 2006 und 2007 erneut eine Steigerung (+42.182,94 €) festzustellen. Die Inventur zeigt eine Rundungsdifferenz in den Jahren 2006 und 2007 von je 1 Cent. Die BL bezeichnet den Lagerbestand mit 5 – 6 % des Bilanzvolumens als normal ohne Zahlen von anderen Betriebshöfen zu nennen.

- **Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände**

#### **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen**

Konto Nr.	Kurz-Bezeichnung	31.12.2007 €	31.12.2006 €
	Forderungen an Stadt	937.731,83	131.068,13
050001	Nicht abger. Leistungen	0,00	19.498,75
	Zwischensumme:	937.731,83	150.566,88

#### **Forderungen an die Stadt**

Der BHR verfügt über kein eigenes Bankkonto, sein gesamter Zahlungsverkehr wird über ein Verrechnungskonto der Stadt Ravensburg abgewickelt (Einheitskasse). Der ausgewiesene Stand der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen stimmt mit der Haushaltsrechnung der Stadt zum 31.12.2007 überein.

**Sonstige Vermögensgegenstände**

Konto Nr.	Kurz-Bezeichnung	31.12.2007 €	31.12.2006 €
05000	Sonstige Vermögensgeg.	14.420,35	11.498,81
	Zwischensumme:	14.420,35	11.498,81

Erstattungsanspruch für Altersteilzeit (10.612,88 €), Rückzahlung Kfz-Steuer (20,99 €), Überzahlung Betriebsarzt (2.642,00 €) und Erstattung für Zivildienst (1.144,48 €).

- **Handkasse**

Beim BHR sind eine Zahlstelle und eine Handkasse eingerichtet.

Konto Nr.	Kurz-Bezeichnung	31.12.2007 €	31.12.2006 €
08000	Handkasse	300,00	306,93
	Zwischensumme:	300,00	306,93

Insgesamt wurden über die Barkasse Einnahmen (Zahlstelle) 2.459,91 € und Ausgaben (Handkasse) in Höhe von 3.436,06 € vollzogen. Zahlstelle und Handkasse wurden zuletzt am 25.10.2006 unvermutet geprüft. Die Feststellungen sind seit 02.05.2007 ausgeräumt. Die Empfehlung des RPA die Barkasse Einnahmen und Barkasse Ausgaben getrennt auf zwei Konten zu führen wurde erstmalig 2007 umgesetzt. Der Wechselgeldvorschuss der Handkasse beträgt 300 €.

**5.1.3 Rechnungsabgrenzungsposten**

Konto Nr.	Kurz-Bezeichnung	31.12.2007 €	31.12.2006 €
660100	Gebühren Wetterdienst	0,00	0,00
660100	Nutzungsvertr. f. Gasbeh.	811,15	1.022,70
	Summe:	811,15	1.022,70

**5.2 Passiva****5.2.1 Eigenkapital**

Das Eigenkapital betrug zum Jahresanfang –335.236,58 €.

Eigenkapital zum 31.12.2007	€
Gewinn 2001	69.542,97
Verlust 2002	-123.455,95
Verlust 2003	-236.342,65
Verlust 2004	-97.586,92
Gewinn 2005	141.953,26
Verlust 2006	-89.347,29
Verlustvortrag seit Eigenbetriebsgründung	-335.236,58
Jahresüberschuss 2007	64.501,61
Eigenkapital zum 31.12.2007	-270.734,97

Schlussbilanz 2006 (245.889,29 €) und Eröffnungsbilanz 2007 (335.236,58 €) stimmen nicht überein. Der Betriebshof hat vor Beschlussfassung im Gemeinderat über die Verwendung des Jahresfehlbetrages den Verlust in Höhe von 89.347,29 € rückwirkend auf 31.12.06 verbucht. Diese Vorgehensweise ist nicht zulässig und wird im Erstellungsbericht von E&Y auch abweichend dargestellt.

- **Stammkapital**

Nach § 4 (1) der Betriebssatzung vom 24.10.2000 wurde von der Festsetzung eines Stammkapitals nach § 12 Abs. 2 des Eigenbetriebsgesetzes abgesehen.

- **Bilanzgewinn/-verlust**

Für das abgelaufene Wirtschaftsjahr 2007 weist die Bilanz als Geschäftsergebnis einen Gewinn in Höhe von 64.501,61 € aus. Der Gemeinderat hat hierüber noch nicht Beschluss gefasst. Die Betriebsleitung schlägt vor, dass der Gewinn auf neue Rechnung übertragen werden soll.

Nach der Betriebssatzung § 4 (2) schließt der Betrieb die Gewinnerzielungsabsicht aus. Im Übrigen ist das Ziel, eine angemessene Verzinsung der Kapitaleinlage und die Abschreibung des Anlagevermögens zu erwirtschaften, erfüllt.

## 5.2.2 Rückstellungen

Die Bilanz weist zum Ende des Wirtschaftsjahres 478.422,00 € an Rückstellungen aus (Vorjahr: 518.404,00 €).

- **Steuerrückstellungen**

Konto-Nr.	Rückstellungen	01.01.2007 €	Verbr./Aufl. €	Zuführung €	31.12.2007 €
110100	Umsatzsteuer 2006	0,00	0,00	0,00	0,00
110100	Kfz-Steuer 2006	6.200,00	6.200,00	0,00	0,00
	Summe	6.200,00	6.200,00	0,00	0,00

- **Sonstige Rückstellungen**

Konto-Nr.	Rückstellungen	01.01.2007 €	Verbr./Aufl. €	Zuführung €	31.12.2007 €
110000	Urlaubsverpflichtungen	96.876,00	96.876,00	107.130,00	107.130,00
110001	Zeitguthaben	90.146,00	90.146,00	70.082,00	70.082,00
110002	Altersteilzeit	317.742,00	24.262,00	0,00	293.480,00
011003	Abschlusskosten	7.440,00	7.440,00	7.750,00	7.750,00
	Summe	512.204,00	218.724,00	184.962,00	478.442,00

Die Fa. Kern & Mauch Kollegen GmbH, Stuttgart hat die Rückstellungen für Altersteilzeit zum 31.12.2007 durch ein versicherungsmathematisches Gutachten ermittelt. Die Berechnungen für die Feststellung der Rückstellungsbeträge sind übersichtlich und gut nachvollziehbar. § 11 Satz 2 Nr. 4 der EigBVO wonach die Rückstellungen im Lagebericht darzustellen sind ist erfüllt. Weitergehende Erläuterungen stehen im Bericht von Ernst & Young, Anlage 5, S. 11/18.

### 5.2.3 Verbindlichkeiten

- **Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen**

Konto Nr.	Kurz-Bezeichnung	31.12.2007 €	31.12.2006 €
	Verbindlichk.	195.846,72	100.918,31
	Zwischensumme:	195.846,72	100.918,31

Der ausgewiesene Stand der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen stimmt mit der Haushaltsrechnung der Stadt überein.

- **Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt Ravensburg**

Konto Nr.	Kurz-Bezeichnung	31.12.2007 €	31.12.2006 €
	Kontokorrent	1.128.262,16	412.164,01
112200	Gesellschaftsdarlehen	4.694.377,80	4.264.980,10
	sonstige Verbindlichkeiten	0,00	10.135,22
	Zwischensumme:	5.822.639,96	4.687.279,33

<b>Kontokorrent:</b>	€
Stand gem. HHrechnung der Stadt zum 31.12.2007	386.377,06
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (sep.Ausw.)	937.731,83
Verbindlichkeiten aus L u. L (sep.Ausw.)	195.846,72
Stand zum 31.12.2007	1.128.262,16

Die neuen Reste zum 31.12.07 stimmen mit der HHrechnung UA 8350 überein.

<b>Gesellschaftsdarlehen</b>	€
bei Eigenbetriebsgründung	4.050.237,50
Erhöhung 2001 um	+178.952,16
Erhöhung 2002 um	+50.000,00
Tilgung 2002 um	-14.209,56
Erhöhung 2007	+429.397,70
Stand zum 31.12.2007	4.694.377,80

Der Eigenbetrieb hat an den Kämmereihaushalt eine Rendite auf das jeweils zu Jahresbeginn eingelegte Kapital in Höhe des aktuellen kalkulatorischen Zinssatzes abzuführen (5% p.a. laut Beschluss VA vom 12.03.1997 und Beschluss GR vom 17.12.2001), die Zahlungen erfolgen auf Anforderung der Kämmerei vierteljährlich (Sachvortrag im GR am 17.12.01 ). Die Vorgabe der vierteljährlichen Abrechnung wurde 2007 eingehalten.



Zinsaufwand Konto 540009	FS BHR Datum	Kassenkonto Stadt Datum	Soll €
1. Quartal	21.03.07	30.03.07	57.500,00
2. Quartal	28.06.07	04.07.07	57.940,00
3. Quartal	27.09.07	04.10.07	57.000,00
4. Quartal	03.12.07	04.12.08	57.000,00
Summe:			229.440,00

Das Darlehen mit Jahresanfangstand 4.264.980,10 € ist Berechnungsgrundlage. Für den Umbau des Betriebshofgebäudes sind netto 323.819,62 € Baukosten bis 31.12.2006 angefallen. Der Zuschuss nach dem CO2-Minderungsprogramm mit ca.11.907 € und 46.337 € Steuererstattung wurden gegengerechnet. Damit müssen 4.588.799,72 € als Jahresanfangstand festgestellt und mit 5 % = 229.440 € verzinst werden.

§ 102 Abs.2 GemO i.V.m. § 12 (3), EigBG wonach auf die Erhaltung des Sondervermögens bedacht zu nehmen ist und außerdem eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet werden soll ist eingehalten.

### Kassenkonto Stadtkasse (Sonderkasse)

Bei der Stadtkasse ist gemäß § 98 GemO in Verbindung mit § 96 Abs. 1 Nr. 3 GemO eine Sonderkasse für den BHR eingerichtet. Die Sonderkasse ist mit der Stadtkasse verbunden. Wird eine Sonderkasse im Rahmen der Gemeindekasse geführt, so sind sowohl Guthaben als auch Schulden des Eigenbetriebs bei der Stadt banküblich zu verzinsen.

Entsprechend der Verfügung vom 14. Februar 2000 über die Verzinsung der Kassenbestände der von der Stadtkasse verwalteten Einheitskasse des BHR gilt seit dem 1. Januar 2000 die Koppelung der Verzinsung an den 1-Monats-EURIBOR. Maßgebend für den laufenden Monat ist der jeweilige Zinssatz am 1. Arbeitstag eines Monats. Auf den entsprechenden Monats-EURIBOR wird zur Ermittlung des Haben-Zinssatzes ein Abschlag von 0,5 %-Punkten und des Soll-Zinssatzes ein Aufschlag von 0,5 %-Punkten vorgenommen. Die Zinsabrechnung erfolgt vierteljährlich.

Zinsaufwand Konto 540008	FS BHR Datum	Kassenkonto Stadt Datum	Soll €
1. Quartal	21.05.07	29.05.07	7.977,52
2. Quartal	31.07.07	08.08.07	12.350,23
3. Quartal	19.07.07	25.10.07	13.664,70
4. Quartal	31.12.07	22.01.08	15.218,40
Summe:			49.210,85

Für die Zinsberechnung des Kassenkredits ist die Buchung der Stadt ausschlaggebend (siehe Verfügung. 14.2.2000). Es ist eine zeitnahe Buchung vor-

zunehmen. Im Haushaltsplan wurde der Höchstbetrag des Kassenkredits auf 1.700.000,00 € festgelegt. Er lag tatsächlich am 05.12.07 bei 1.728.907,75 € und war damit überschritten. Die Kassengeschäfte der Sonderkasse wurden im Rahmen der unvermuteten Kassenprüfung bei der Stadtkasse Ravensburg am 17.12.2007 mitgeprüft.

• **Sonstige Verbindlichkeiten**

Konto Nr.	Kurz-Bezeichnung	31.12.2007 €	31.12.2006 €
150018	Umsatzsteuer 2007	1.612,33	5.994,37
122200	Verbindlichk. aus AiB/Stadt	56.938,29	0,00
	Zwischensumme:	58.550,62	5.994,37

**6. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung.**

**6.1 Einhaltung des Erfolgsplans**

Gewinn- u. Verlustrechnung	2007 €		2006 €	
	Plan	Ergebnis	Plan	Ergebnis
Erträge	6.625.000,00	6.522.922,40	6.067.000,00	6.212.152,34
Aufwendungen	6.625.000,00	6.458.420,79	6.067.000,00	6.301.499,63
<b>Jahresgewinn/-verlust</b>	<b>0,00</b>	<b>64.501,61</b>	<b>0,00</b>	<b>-89.347,29</b>

Die Erfolgsübersicht (7.2) zeigt die Aufwendungen und Erträge für das Gesamtunternehmen. Mit der neuen Organisationsstruktur werden die Teams wie Betriebszweige geführt und Aufwendungen und Erträge zugeordnet. Die Umlage für Verwaltung/Betriebsleitung sowie Fuhrpark und Werkstatt wurde durchgeführt. Ein innerbetrieblicher Leistungsausgleich ist noch nicht erfolgt.

Die folgende Tabelle hat den mehrjährigen Vergleich zum Ziel.

## 6.2 Erfolgsübersicht 2005 bis 2007 mit Planvergleich 2007

Aufwendungen / Erträge nach Aufwands- u. Ertragsarten		Rechnung	Rechnung	Plan	Rechnung	Ab- weichung
		2005	2006	2007	2007	2007
		€	€	€	€	€
<b>1.</b>	<b>Materialaufw., Fremdleistung, Stadt</b>	<b>1.278.986,44</b>	<b>1.098.414,04</b>	<b>1.210.000,00</b>	<b>1.154.203,62</b>	<b>-55.796,38</b>
	a) Roh- Hilfs- und Betriebsstoffe	587.767,28	623.735,46	605.000 €	562.007 €	-42.992,65
	b) Bezogene Leistung Dritte	691.219,16	474.678,58	605.000 €	592.196 €	-12.803,73
<b>2.-4.</b>	<b>Personalaufwand Summe Pos 2-4</b>	<b>3.832.223,84</b>	<b>3.927.515,77</b>	<b>4.020.000,00</b>	<b>3.883.595,69</b>	<b>-136.404,31</b>
<b>2.</b>	Löhne- u. Gehälter	2.962.710,05	3.029.677,97	3.160.000 €	2.983.827,26	-176.172,74
<b>3+4</b>	Soziale Abgaben + Altersversorgung	869.513,79	897.837,80	890.000 €	899.768,43	9.768,43
	Rückstellungen Altersteilzeit Zugang / Abgang		0,00	-30.000 €		30.000,00
<b>5.</b>	<b>Abschreibungen</b>	<b>397.447,55</b>	<b>392.666,13</b>	<b>420.000,00</b>	<b>435.209,03</b>	<b>15.209,03</b>
	a) auf Immobilien	70.027,30	71.886,07	85.000 €	97.025,05	12.025,05
	b) a. Fahrzeuge, Geräte, Maschinen.,GWG	327.420,25	320.780,06	335.000 €	338.183,98	3.183,98
<b>6.</b>	<b>Zinsen ( an Stadt )</b>	<b>245.439,18</b>	<b>247.931,02</b>	<b>270.000,00</b>	<b>278.650,85</b>	<b>8.650,85</b>
	a) auf Immobilien	213.249,00	213.295,80	195.000 €	229.440,00	34.440,00
	b) auf bewegliches Anlagevermögen	0,00	0,00	40.000 €	0,00	-40.000,00
	c) Kassenkredit	32.190,18	34.635,22	35.000 €	49.210,85	14.210,85
<b>7.</b>	<b>Steuern</b>	<b>7.560,17</b>	<b>8.054,05</b>	<b>7.000 €</b>	<b>14.181,41</b>	<b>7.181,41</b>
<b>8.</b>	<b>Konzessionsabgabe</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
<b>9.</b>	<b>sonst. Betriebl. Aufwend.</b>	<b>667.804,05</b>	<b>626.918,62</b>	<b>698.000,00</b>	<b>692.580,19</b>	<b>-5.419,81</b>
	a) sonstige betriebl. Aufwendungen	563.255,86	503.842,27	573.000 €	575.330,19	2.330,19
	b) bezogene Leistungen Stadt- VW-Kost.	104.548,19	123.076,35	125.000 €	117.250,00	-7.750,00
<b>10.</b>	<b>Summe 1 - 9</b>	<b>6.429.461,23</b>	<b>6.301.499,63</b>	<b>6.625.000,00</b>	<b>6.458.420,79</b>	<b>-166.579,21</b>
<b>11.</b>	Umlage der VW / BL					
	Umlage FP-Werkstatt					
<b>12.</b>	Leistungsausgleich innerbetr. (+/-)					
<b>13.</b>	<b>Aufwendungen 1 - 12</b>	<b>6.429.461,23</b>	<b>6.301.499,63</b>	<b>6.625.000,00</b>	<b>6.458.420,79</b>	<b>-166.579,21</b>
<b>14.</b>	<b>Erlöse</b>	<b>6.571.414,49</b>	<b>6.212.152,34</b>	<b>6.625.000,00</b>	<b>6.522.922,40</b>	<b>-102.077,60</b>
	a) Umsatzerlöse	6.487.242,93	6.117.229,72	6.455.000 €	6.443.119,08	-11.880,92
	b) Erlöse aus anderen BZ	84.171,56	94.922,62	170.000 €	79.803,32	-90.196,68
<b>15.</b>	<b>Betriebserlöse (insgesamt)</b>	<b>6.571.414,49</b>	<b>6.212.152,34</b>	<b>6.625.000,00</b>	<b>6.522.922,40</b>	<b>-102.077,60</b>
<b>16.</b>	<b>Betriebsergebnis (+/-)</b>	<b>141.953,26</b>	<b>-89.347,29</b>	<b>0,00</b>	<b>64.501,61</b>	<b>64.501,61</b>
<b>17.</b>	Finanzerträge					
<b>18.</b>	außerordentl. Ergebnis					
<b>19.</b>	Steuern vom Einkommen					
<b>20.</b>	<b>Unternehmensergebnis (+/-)</b>	<b>141.953,26</b>	<b>-89.347,29</b>	<b>0,00</b>	<b>64.501,61</b>	<b>64.501,61</b>

In der Anlage 5 (Seite 14/18 ff.) des Erstellungsberichtes von Ernst & Young stehen Erläuterungen zur GuV.

Die Möglichkeiten in DS betriebliche Auswertungen wie z. B. die Erfolgsübersicht bzw. die Bilanz eines Jahres zu erhalten werden noch nicht wahrgenommen, weil die Ergebnisse noch nicht befriedigend sind. Es muss Ziel der Betriebsleitung sein das Verfahren umfassend zu nutzen.

### 6.2.1 Personal

Die Anlage 1 zur Betriebssatzung regelt die Zuständigkeit bei Personalentscheidungen. Eine Anpassung an den neuen TVöD ist erfolgt. Mit Beschluss des GR vom 27.11.2006 wurde die Anlage 1 (Zuständigkeitstabelle) der Betriebssatzung geändert. Für Arbeiter, Aushilfsbedienstete, Auszubildende, Volontäre und Praktikanten ist die BL unbegrenzt zuständig. Für Angestellte bis Entgeltgruppe 10 die BL; bis EG 12 der Betriebsausschuss. Für leitende Angestellte und ab EG 13 ist der Gemeinderat zuständig. Weitere Einzelheiten sind in der Zuständigkeitstabelle geregelt. Die Vergütung wickelt die Gehalts- und Lohnstelle über das landeseinheitliche Verfahren „Personalwesen“ des Rechenzentrums KIRU (Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen – Ulm) für den Eigenbetrieb ab.

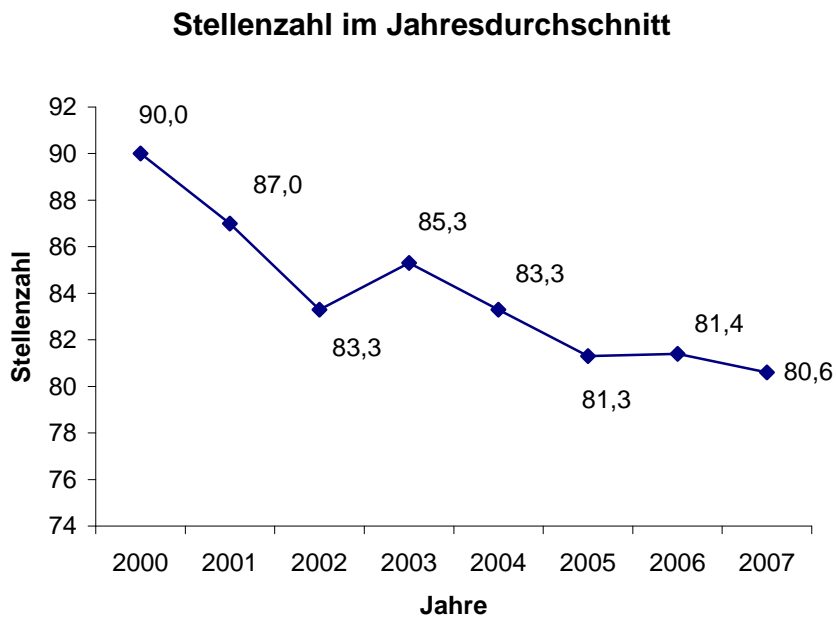
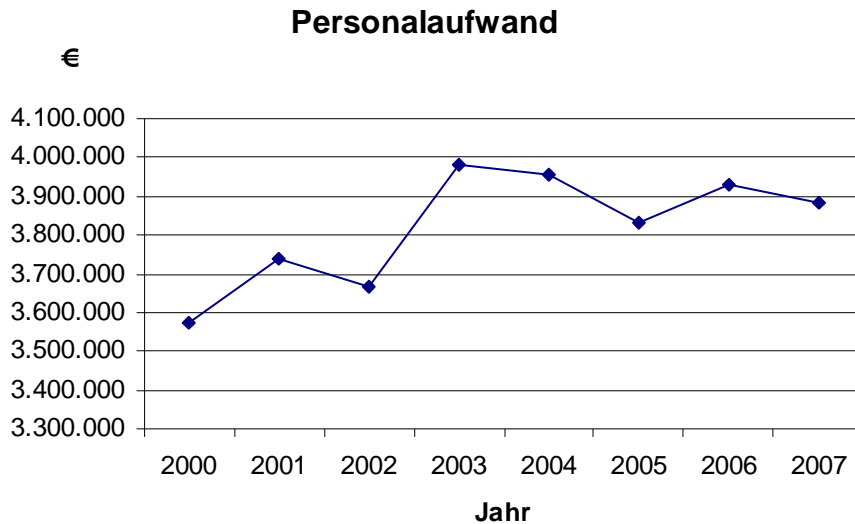
#### • Personalkosten

Die in der Übersicht gezeigten Personalkosten sind beim BHR direkt verbucht. Weitere Personal/Sachkosten werden über Verwaltungskostenbeiträge (sonstige betriebliche Aufwendungen) an die Stadtverwaltung verrechnet in Höhe von 64.900,00 € (Vorjahr 71.809,11 €). Kosten der Personalleihe in Höhe von 154.531,28 € (Vorjahr 91.690,01 €) werden den Aufwendungen für bezogene Leistungen zugerechnet. Die Verwaltungskostenbeiträge u. Personalleihenkosten werden in den folgenden Darstellungen sowohl bei den Stellenzahlen als auch bei den Aufwendungen nicht berücksichtigt.

Rechnungsergebnisse €						
Jahr	2003	2004	2005	2006	2007	Veränderung
a) Löhne u. Gehälter						
Löhne	2.674.039,48	2.609.649,74	2.619.951,15	3.051.831,26	3.004.741,99	-47.089,27
Gehälter	364.064,80	367.741,09	380.679,72	2.817,22		-2.817,22
Einstellungen Rückst.für Altersteilzeit	106.149,00	135.109,00	-39.988,00	-26.553,00	-24.262,00	2.291,00
Korr. Rückst. f. Zeitguth.		-12.621,00				0,00
AZUBI u.Zvild. Abz. Kostenerstattung	-12.356,62	7.049,52	2.067,18	1.582,49	3.347,27	1.764,78
Zwischensumme:	3.131.896,66	3.106.928,35	2.962.710,05	3.029.677,97	2.983.827,26	-45.850,71
b) Soziale Abgaben						
Sozialversicherung	838.788,74	838.685,32	853.214,29	874.422,60	875.825,31	1.402,71
Berufsgenossenschaft	8.635,00	8.557,00	12.242,87	12.159,20	12.385,12	225,92
Sonstige Aufwendungen	2.073,56	2.060,34	4.056,63	11.256,00	11.558,00	302,00
Zwischensumme:	849.497,30	849.302,66	869.513,79	897.837,80	899.768,43	1.930,63
Gesamt:	3.981.393,96	3.956.231,01	3.832.223,84	3.927.515,77	3.883.595,69	-43.920,08
Stellenzahl/Jahresschn.	85,3	83,3	81,3	81,4	80,6	-0,80
Aufwand pro Stelle	46.675,19	47.493,77	47.136,82	48.249,58	48.183,57	-66,01

Im Wirtschaftsplan 2007 waren die Personalkosten mit einem Planansatz von 4.020.000 € veranschlagt, somit ergibt sich eine Abweichung zum Rechnungsergebnis in Höhe von – 136.404,31 € (Wenigerausgaben). Vergleicht man die

tatsächlichen Personalausgaben (Rechnungsergebnis) mit denen des Vorjahres, so ergeben sich Wenigerausgaben in Höhe von 43.920,08 € (- 1,12 %).



- **Krankenstand**

Nachdem sich der Krankenstand 2005 auf 3,6 % verbessert hat ist er im Jahr 2006 wieder auf 4,3 % und 2007 auf 4,7 % angestiegen. Die Kosten der Lohnfortzahlung sind von 128.624 € im Vorjahr auf 140.428 € gestiegen. Mit der neuen Dienstvereinbarung zur Arbeitszeitflexibilisierung (Änderung zum 27.10.2005) sollte neben anderen Zielen ein Rahmen geschaffen werden um die Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, u. a. auch durch gesundheitsfördernde Maßnahmen zu bewahren. Außerdem wurde das Thema "Be-

triebliche Gesundheitsförderung, Bausteine zur Förderung der Gesundheit von Mitarbeiter und Führungskräften als Schwerpunkt bei den Arbeits-, Personal- und Sozialorganisationsmaßnahmen im Jahr 2006 besonders in den Vordergrund gestellt. Die Betriebsleitung ist gefordert eine positive Entwicklung mit weiteren den Erfolg unterstützenden Maßnahmen zu bewirken.

### 6.2.2 Beschaffungswesen

§ 31 Abs. 1 GemHVO wird bei größeren Anschaffungen beachtet. Danach ist auf der Grundlage einer Markterkundung ein detailliertes Leistungsverzeichnis zu erstellen und Aufträge öffentlich bzw. beschränkt auszuschreiben. Die VOL wird angewendet.

### 6.2.3 Versicherungsschutz

Für den Betrieb bestehen die in der nachfolgenden Tabelle angegebenen Versicherungen. Ob der Versicherungsschutz ausreichend ist, um die betrieblichen Risiken abzudecken bzw. ob andererseits Bereiche überversichert sind, war nicht Gegenstand der Prüfung.

Im Jahr 2007 wurden erstmalig alle Versicherungsprämien der Stadt Ravensburg auf den BHR anteilig umgelegt. Es konnte eine geeignete Verrechnungsgröße gefunden werden. Der Grundsatz, dass Lieferungen und Leistungen zwischen der Stadtverwaltung und dem Eigenbetrieb zu verrechnen sind wurde damit erfüllt.

Versicherung	Objekt / Risiko	2007 €	2006 €
Allgemeine Haftpflicht	Haftpfl. aller Beschäftigten	13.030,18	0,00
Gebäudebrandversicher.	Elementarschäden	2.002,34	1.771,32
Kfz-Versicherungen	KT/KV	23.949,27	21.277,20
Eigenschadenversicher.	Vermögensschadenvers.	885,10	0,00
Vertrauensschadenvers.	Vermögensschäden aus unerlaubten Handlungen	103,75	0,00
Inhaltsversicherung (Einbruch Diebstahl etc.)	alle städtischen Gebäude	885,80	0,00
Dienstreise- Fahrzeugversicherung	Private Fahrzeuge für Dienstreisen eingesetzt	240,82	0,00
<b>Summe:</b>		<b>41.097,26</b>	<b>23.048,52</b>

Die Aufwendungen für die Kfz-Versicherung wurden fälschlicherweise erneut um Schadensregulierungen reduziert. Diese Erstattungen sind unter Kontengruppe 35 zu buchen.

### 6.3 Kenndaten

Da der Eigenbetrieb hauptsächlich Aufträge der Stadtverwaltung als Hilfsbetrieb ausführt, haben wir in den letzten Jahren die wichtigsten Budgetansätze der einzelnen Haushaltsstellen angeschaut und dem entsprechenden Sachgebiet zugeordnet.

Die Leistungszahlen aller Sachgebiete/Teams zeigen über viele Jahre hinweg kaum Veränderungen. Um einen Bezug zu Leistungen des BHR und den entsprechenden Verrechnungssätzen herstellen zu können sind aktuelle Zahlen erforderlich. Diese Feststellung galt bereits 2002 und gilt unverändert bis heute.

Das Tiefbauamt will versuchen die geeigneten und notwendigen Leistungszahlen zu aktualisieren. Es sollen die wichtigsten Kennzahlen baldmöglichst ermittelt werden. Das RPA hat in einem Gespräch mit dem TBA am 17.09.04 betont, dass es für den Eigenbetrieb unerlässlich ist über Kennzahlen zu Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen zu kommen. Betriebsvergleiche sollen bei vergleichbaren Unternehmen möglich gemacht werden. Betriebsinterne Jahresvergleichszahlen sind unerlässlich um die Entwicklung der Leistungsfähigkeit zu erkennen. Erst im Haushaltsplan 2005 sind kleine Anpassungen vorgenommen worden. Die bisherige Darstellung im Prüfbericht in Tabellenform pro Sachgebiet/Team wird vom RPA nicht mehr vorgenommen bis die Kennzahlen aussagefähig sind.

#### 6.4 Abrechnungssummen nach Unterabschnitten

Hier werden nur die Unterabschnitte dargestellt, die einen wesentlichen Auftragsanteil haben.

Bei den Unterabschnitten gibt es Überschneidungen bei der Zuordnung zu den einzelnen Sachgebieten. Die Mitarbeiter werden teamübergreifend für die verschiedensten Auftraggeber in der Stadt tätig. Die Aufträge umfassen sowohl den Verwaltungshaushalt als auch den Vermögenshaushalt.

Jahr	2007	2006	2005
Unterabschnitt	€	€	€
0690 Gebäudewirtschaft	99.465	36.897	28.661
2990 Schulgebäude Kernstadt	120.536	107.194	138.646
5710 Flappachbad	52.679	48.178	52.435
5800 Öffentliche Grünflächen	1.121.681	964.437	944.291
6300-6309 Straßen	2.794.370	2.862.975	3.212.252
6901 Wasserläufe, -bau Kernstadt	87.455	67.597	72.074
7300/4871 Märkte im Stadtgebiet	85.676	87.441	86.735
7512/7510 Haupt- / Westfriedhof	406.527	393.247	413.517
8358 Kanalisation TBA/EB Abwasser	443.472	325.199	387.707
7650 Öffentl. WC	137.825	128.924	127.511
8359 Eigenbetrieb Stadtwerke RV/TWS	95.503	75.615	173.624
4867 Vereine	104.516	141.711	81.003
9000 Sonstige Erlöse	221.443	160.476	233.150
<b>Summe versch. Unterabschnitte</b>	<b>5.771.147</b>	<b>5.399.892</b>	<b>5.951.606</b>
Anteil in % am Gesamtumsatz	89,57	88,27	91,10
Gesamtumsatz = 100 %	6.443.119	6.117.229	6.533.343

Die oben beispielhaft aufgezählten Kenndaten sollen die wichtigsten Tätigkeitsfelder des Betriebshofs zeigen. Darüber hinaus könnte die Entwicklung der Leistungsfähigkeit des Betriebs beurteilt werden wenn den Leistungszahlen / Kenndaten die Abrechnungssummen gegenüber gestellt werden (siehe Ziffer 6.3).

## 7. Wirtschaftliche Verhältnisse und Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung

### 7.1 Bilanzaufbau, Finanzlage (Strukturbilanz)

	31.12.2007	%	31.12.2006	%	Veränderung
<b>Aktivseite</b>	<b>€</b>				
Sachanlagen und immaterielle Anlagenwerte	4.985.703,05	79,3	4.510.369,08	90,6	475.333,97
Vorräte	345.777,95	5,5	303.595,03	6,1	42.182,92
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und gegenüber der Stadt	952.152,18	15,2	162.065,69	3,3	790.086,49
Flüssige Mittel	300,00	0,0	306,93	0,0	-6,93
Rechnungsabgrenzung	811,15	0,0	1.022,70		-211,55
<b>Gesamtvermögen</b>	<b>6.284.744,33</b>	<b>100,0</b>	<b>4.977.359,43</b>	<b>100,0</b>	<b>1.307.384,90</b>
<b>Passivseite</b>					
Stammkapital	0,00		0,00		0,00
Rücklagen	0,00		0,00		0,00
Bilanzgewinn/-verlust	-270.734,97	-4,3	-335.236,58	-6,7	64.501,61
Rückstellungen	478.442,00	7,6	518.404,00	10,4	-39.962,00
Langfristige Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt					
Gesellschaftsdarlehen	4.694.377,80	74,7	4.264.980,10	85,7	429.397,70
Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt					
Kontokorrent	1.128.262,16	18,0	422.299,23	8,5	705.962,93
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	254.397,34	4,0	106.912,68	2,1	147.484,66
<b>Gesamtkapital</b>	<b>6.284.744,33</b>	<b>100,0</b>	<b>4.977.359,43</b>	<b>100,0</b>	<b>1.307.384,90</b>

In der vorstehenden Strukturbilanz wurden die Bilanzzahlen gruppenweise zusammengefasst.



2007 erhöht sich die Bilanzsumme um 1.307.384,90 €. Der bedeutendste Einflussfaktor auf die Bilanzstruktur liegt im Steigen der Sachanlagenwerte (Baumaßnahme), den höheren Vorräten sowie den gestiegenen Forderungen aus Lieferungen und Leistungen. Auf der Passivseite verringern sich die Rückstellungen um 39.962,00 € und das Gesellschaftsdarlehen erhöht sich um 429.397,70 €. Der Kontokorrentkredit gegenüber der Stadt ist um 716.098,15 € höher (Vorjahr 412.164,01 €; 2007 1.128.262,16 €). Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen nehmen um 147.484,66 € zu.

Bei Eigenbetriebsgründung wurde auf eine Stammkapitalausstattung verzichtet. Diese Vorgehensweise ist beim Betriebshof vertretbar, er kann rechtlich und tatsächlich volle Kostendeckung erreichen. Die Verluste früherer Jahre und die Gewinne 2005 und 2007 werden verrechnet. Seit Eigenbetriebsgründung sind 270.734,97 € als Verlust auf neue Rechnung vorzutragen.

Die sonst übliche betriebswirtschaftliche Kennzahl der Eigenkapitalquote ist im Fall des BHR durch das fehlende Stammkapital nicht relevant.

Die **Anlagenintensität** lag 2007 bei 79,3 % (Vorjahr: 90,6 %). Die Anlagenintensität hat um 11,3 % abgenommen. Das Anlagevermögen bietet die Grundlage der Betriebsbereitschaft, verursacht aber immer gleichbleibend hohe fixe Kosten, wie Abschreibungen, Instandhaltung, Zinsen, Versicherungsprämien. Dies wirkt sich bei rückläufiger Beschäftigung in Krisenzeiten des Betriebes oder bei unerwarteter technischer oder wirtschaftlicher Überholung der Anlagen wegen geringer Anpassungsfähigkeit anlagenintensiver Betriebe besonders negativ aus. (Beispiel: die Witterungsabhängigkeit beim Winterdienst – weniger Einnahmen aber fixe Kosten).

Die **Verschuldungsquote** erhöht sich 2007 auf 96,7 % (Vorjahr: 96,3 %).

## 7.2 Liquidität

Die nachfolgende Liquiditätsberechnung zeigt die Zahlungsbereitschaft des BHR. Die Liquidität drückt das Verhältnis zwischen Verbindlichkeiten und flüssigem Vermögen aus.

Die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sind entsprechend ihrer Fälligkeit und Veräußerlichkeit in verschiedene Grade eingeteilt. Unberücksichtigt bleiben bei dieser Berechnung die laufenden Aufwendungen des BHR, die für die Fortführung des Betriebes (z.B. Löhne, Materialeinkauf usw.) künftig benötigt werden. Um diese Beträge würde sich die Unterdeckung noch erhöhen. Die Liquiditätsreserven treten bei dieser Darstellung nicht in Erscheinung (Kassenkredit gemäß § 89 GemO in Höhe von 1,7 Mio. €). Der Kassenkredit verbessert die Zahlungsbereitschaft in gleicher Weise wie die bereits vorhandenen Mittel. Durch ihn war der BHR jederzeit zahlungsfähig.

**Liquiditätsberechnung**

	31.12.2007		31.12.2006	
	€	€	€	€
<u>Flüssige Mittel</u>	300,00	300,00	306,93	306,93
Lieferforderungen gegenüber Dritten	14.420,35		11.498,81	
gegenüber der Stadt	937.731,83	952.152,18	150.566,88	162.065,69
Rechnungsabgrenzung	811,15	811,15	1.022,70	1.022,70
<u>abzüglich Verbindlichkeiten</u>				
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und gegenüber der Stadt	1.382.659,50		529.211,91	
Rückstellungen	478.442,00	1.861.101,50	518.404,00	1.047.615,91
<b><u>Unterdeckung I</u></b>		<b>-907.838,17</b>		<b>-884.220,59</b>
Vorräte	345.777,95		303.595,03	
sonstige Forderungen		345.777,95		303.595,03
<b><u>Unterdeckung II</u></b>		<b>-562.060,22</b>		<b>-580.625,56</b>
langfristige Verbindlichkeiten		4.694.377,80		4.264.980,10
<b><u>Unterdeckung III</u></b>		<b>-5.256.438,02</b>		<b>-4.845.605,66</b>
Anlagevermögen		4.985.703,05		4.510.369,08
		<u>-270.734,97</u>		<u>-335.236,58</u>
Abgleichung Eigenkapital		<u>-270.734,97</u>		<u>-335.236,58</u>
		0,00		0,00

**7.3 Ertragslage**

	2007	%	2006	%	Veränderung
	€		€		€
<b>GuV</b>					
Umsatzerlöse	6.522.922,40	100,00	6.212.152,34	100,00	310.770,06
Pesonalausgaben	3.883.595,69	59,54	3.927.515,77	63,22	-43.920,08
Sachausgaben	1.860.965,22	28,53	1.733.386,71	27,90	127.578,51
Kapitalkosten und Abschreibungen	713.859,88	10,94	640.597,15	10,31	73.262,73
<b>Ordentliches Ergebnis</b>					
<b>Gesamtbetrieb</b>	64.501,61	0,99	-89.347,29	-1,44	153.848,90
<b>Bilanz</b>					
Gewinn/Verlustvortrag des Vorjahres	-335.236,58		-245.889,29		-89.347,29
Abführung an die Gemeinde	0,00		0,00		0,00
<b>Bilanzgewinn/-verlust</b>	<b>-270.734,97</b>		<b>-335.236,58</b>		<b>64.501,61</b>

Es ist festzustellen, dass der BHR das Ziel kostendeckend zu arbeiten 2007 erreicht hat. Mit dem aus 2006 vorgetragenen negativen Ergebnis bleiben 270.734,97 € offen. Die 2007 gültigen Personalverrechnungssätze wurden zum 01.01.2008 erhöht.

Die Verzinsung des Stadtdarlehens ist mit 229.440,00 € (5 %) bei den Aufwendungen enthalten.

### 7.3.1 Arbeitnehmerbezogene Ertragsstrukturen

Diese Produktivitätskennzahl zeigt im Zeitablauf die Leistungsentwicklung je Mitarbeiter. Ihre jährliche Veränderung gibt einen wesentlichen Anhaltspunkt, ob die Produktivität steigt oder fällt. Die Kennziffer wird ermittelt, indem der erwirtschaftete Umsatz (incl. Fremdleistungen) auf die daran beteiligten Mitarbeiter umgelegt wird. Der durchschnittlicher Mitarbeiterstand wurde dem Lagebericht entnommen.

Jahr	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Umsatz in €	5.625.267	5.468.140	5.733.254	5.912.447	6.487.243	6.117.230	6.443.119
Durchschn. Stellenzahl	87,0	83,3	85,3	83,3	81,3	81,4	80,6
Umsatz / je Stelle in €	64.658	65.644	67.213	70.978	79.794	75.150	79.939
Steigerung der Produktivität in %		1,52	2,39	5,60	12,42	-5,82	6,37

Für einen Vergleich entsprechender Branchenkennzahlen mit der freien Wirtschaft müssten jedoch die unterschiedlichen Rahmenbedingungen beispielsweise im Steuer- und Tarifrecht und ein Gewinnzuschlag mit einbezogen werden.

### 7.3.2 Ertragslage der Betriebsbereiche

Eine sinnvolle Darstellung ist erst möglich, wenn der interne Leistungsausgleich innerhalb der Sachgebiete/Teams ordnungsgemäß erfolgt. Dies ist seit Eigenbetriebsgründung bis heute nicht geschehen.

Die Bereiche, die in den Eigenbetrieb eingingen, wurden organisatorisch aus dem Haushalt ausgegliedert. Der Eigenbetrieb agiert deshalb aber nicht auf dem freien Markt. Eine erwerbswirtschaftliche Betätigung ist ihm sogar ausdrücklich verboten, soweit es sich nicht um Annexätigkeit handelt (Betätigung ist von untergeordneter Bedeutung).

### 7.4 Vermögensplan

Der Vermögensplan 2007 als Bestandteil des Wirtschaftsplan 2007 wurde ordnungsgemäß als Anlage zum Haushalt 2007 vom Gemeinderat in öffentlicher Sitzung verabschiedet. Er wurde als Teil der Haushaltssatzung der Rechtsaufsichtsbehörde zur Prüfung und Genehmigung vorgelegt. Dabei blieb unbemerkt, dass auf der Ausgabenseite die Ziffer 5 eine um 70.000 € zu hohe Summe, bei der Addition der einzelnen Großgeräte und Maschinen, ausweist. Damit war der Vermögensplan (DS 2006/344) auf der Einnahmen- und Ausgabenseite nicht ausgeglichen.

In der gleichen Sitzungsvorlage wird unter der Ziffer 3 (Erläuterungen zum Vermögensplan) ausgeführt, wie das durch die Baumaßnahmen erhöhte Gesellschaftsdarlehen der Stadt Ravensburg auf den ursprünglichen Stand bei Eigenbetriebsgründung zurückgeführt werden soll.

Die Betriebsleitung erklärt:

" Die Tilgungen werden vom Betriebshof aus eigener Kraft durch "Streckung" beim jährlichen Fahrzeug- und Gerätebeschaffungsprogramm aufgebracht, dies bedeutet, dass ein Teil der durch Verrechnungssätze eingenommenen Abschreibungen nicht zur Reinvestition, sondern zur Tilgung des Gesellschaftsdarlehens verwendet werden."

Die Ausführungen vermitteln den Eindruck als ob der BHR das Gesellschafterdarlehen zurückführen könnte ohne die Verrechnungssätze über Jahre anheben zu müssen. Das ist nach Auffassung des RPA so nicht richtig.

- Das um die Investitionen (ca. 1,2 Mio) gestiegene Anlagevermögen muss abgeschrieben werden. (Aufwand ca. 60.000 € jährlich)
- Die Zinsen für das höhere Gesellschaftsdarlehen (die schrittweise Tilgung wie von der BL dargestellt dauert ca. 17 Jahre) müssen erwirtschaftet werden ( im 1. Jahr zusätzlich ca. 60.000 €).
- Die nicht getätigten Ersatzbeschaffungen im Fahrzeugbereich holen den Betrieb früher oder später ein weil der überalterte Fahrzeugbestand höhere Reparaturen und in einigen Jahren höhere Investitionen auf den Betrieb zukommen werden.

Fazit: Die Aufwendungen müssen über steigende Verrechnungssätze eingehen oder der BHR muss höhere Verluste ausweisen.

Im Vermögensplan 2007 (Nachtragsplan) hätte die vorhersehbare Übertragung des Anlagevermögens aus der Baumaßnahme und die damit verbundene Gesellschaftsdarlehenerhöhung aufgenommen werden müssen (EigBVO § 2 Abs.1 Ziff.1).

Vermögensplanabrechnung	P l a n 2007 €	I S T Brutto €	Plan-IST Abweichung €
<b>A) Verfügbare Mittel ( Einnahmen )</b>			
<b>1. Abschreibungen</b>	<b>420.000,00</b>	<b>435.209,03</b>	<b>15.209,03</b>
auf Immobilien	85.000,00	92.126,81	
auf bewegliches Anlagegut	335.000,00	343.082,22	
<b>2. Verkäufe von Anlagegütern</b>	<b>35.000,00</b>	<b>20.650,00</b>	<b>-14.350,00</b>
<b>3. Jahresgewinn 2007</b>	<b>0,00</b>	<b>64.501,61</b>	<b>64.501,61</b>
<b>4. Finanzierungsmittel - Stadtdarlehen:</b>	<b>0,00</b>	<b>429.397,70</b>	<b>429.397,70</b>
Aufstockung Stadtdarlehen 2006	0,00	323.819,62	
Aufstockung Stadtdarlehen 2007	0,00	105.578,08	
<b>5. Deckungsmittel Überhang</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
<b>Summe Einnahmen:</b>	<b>455.000,00</b>	<b>949.758,34</b>	<b>494.758,34</b>
<b>B) Benötigte Mittel ( Ausgaben )</b>			
<b>1. Bauinvestitionskonzept BHR</b>	<b>0,00</b>	<b>429.397,70</b>	<b>-429.397,70</b>
a Erneuerungs-/Umbaumaßnahmen 31.12.06		323.819,62	
b Baumaßnahmen Fertigst. 31.12.07		105.578,08	
<b>1.1 Baubegleitende Maßnahmen</b>	<b>40.000,00</b>	<b>141.803,11</b>	<b>-101.803,11</b>
a Baumaßnahmen BHR(fertiggest. + AiB)		141.803,11	
b Baumaßnahmen Stadt (Anlagen im Bau)			
<b>2. Einrichtungen/ Ausstattung</b>	<b>25.000,00</b>	<b>4.416,53</b>	<b>20.583,47</b>
<b>3. Verleihartikel</b>	<b>0,00</b>	<b>10.464,36</b>	<b>-10.464,36</b>
<b>4. GWG's</b>	<b>0,00</b>	<b>47.125,20</b>	<b>-47.125,20</b>
<b>5. Großgeräte/Maschinen &gt; 5.000 €</b>	<b>187.000,00</b>	<b>129.058,45</b>	<b>57.941,55</b>
Groß- und Baugeräte	55.000,00	71.982,13	
Mäher u. Schlepper	45.000,00		
Winterdienstfzg. und Geräte	69.000,00	57.076,32	
Anhänger	18.000,00		
Stadtreinigungsfahrzeug incl. Ausstatt.	0,00		
<b>6. Geräte und Maschinen &lt; 5.000 €</b>	<b>21.000,00</b>	<b>18.481,66</b>	<b>2.518,34</b>
Baugeräte	5.000,00	3.377,28	
Mähgeräte - Rasenmäher	9.000,00	3.872,33	
Gartenbaugeräte	5.000,00		
sonstige Geräte u. Einrichtungsg.	2.000,00	11.232,05	
<b>7. Fahrzeuge</b>	<b>112.000,00</b>	<b>111.182,98</b>	<b>817,02</b>
Ämterfahrzeuge - PKW		34.678,25	
Meisterfahrzeuge - Kombi	15.000,00	17.831,04	
LKW < 7,5 to.			
Einsatzfahrzeuge	97.000,00	58.673,69	
<b>8. Soft- und Hardware</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
<b>9. Jahresverlust 2006</b>	<b>0,00</b>		<b>0,00</b>
<b>10. Unterdeckung aus JA 2006</b>	<b>0,00</b>	<b>60.235,32</b>	<b>-60.235,32</b>
<b>Summe Ausgaben:</b>	<b>385.000,00</b>	<b>952.165,31</b>	<b>-567.165,31</b>
<b>C) Deckungsmittel: Unterdeckung</b>		<b>-2.406,97</b>	
* Uausgeglicherer Vermögensplan um	70.000,00		

Die Unterdeckung von – 2.406 € soll auf das laufende Jahr 2008 vorgetragen werden. Hierzu steht der Gemeinderatsbeschluss (Feststellung der Jahresrechnung 2007) noch aus.

Der BHR informierte gemäß den Bestimmungen des Eigenbetriebsgesetzes in ihren Quartalsberichten über die Abwicklung des Vermögensplanes.

Die Betriebsleitung hat dem Lagebericht eine Vermögensplanabrechnung (Anlage 2.4) beigelegt. Die Planangaben bei Ziffer 5 waren auch hier nicht stimmig. Die Summe der Anschaffungskosten für Großgeräte und Maschinen war um 70.000 € zu hoch.

## **8. Prüfung / Beratung im Beschaffungsbereich**

### **8.1 Vergaben von Lieferleistungen lt. Beschaffungsliste**

Nach § 31 Abs. 1 GemHVO ist der Betriebshof verpflichtet Lieferleistungen grundsätzlich öffentlich auszuschreiben. Hierzu wird die Anwendung der VOL/A und der VOL/B in der Vergabe VwV empfohlen.

Im Berichtszeitraum wurden 3 Lieferaufträge für die Fahrzeugbeschaffung auf der Grundlage der VOL ausgeschrieben. Die Lieferaufträge wurden in Absprache mit dem RPA beschränkt ausgeschrieben. Durch die Ausschreibungen nach VOL konnten wie bereits in den Vorjahren optimale Ergebnisse erzielt werden.

Soweit sich formale Feststellungen zur Durchführung der Submission oder inhaltliche zu den eingegangenen Angebotsunterlagen ergaben, wurden diese dem BHR zur Stellungnahme oder Beachtung bei der weiteren Bearbeitung mitgeteilt.

## **9. Schwerpunktprüfung**

### **9.1 Geschenkannahme**

Ein Künstler hat zwei Mitarbeiter des BHR für ihren dienstlichen Einsatz beim Auf- und Abbau seiner Ausstellung mit einer Grafik belohnt. Die DA-Geschenkannahme (D-10-25) wurde nicht beachtet.

Die Ausnahme vom grundsätzlichen Annahmeverbot bedarf der Zustimmung der BL. Entgegen dem Vorschlag des RPA, dass die erhaltenen Grafiken in den Besitz des BHR übergehen sollten mit dem Hinweis, dass die Städtezeichnungen, als Beispiel für die sehr gute Mitarbeiterleistung, im BHR ausgestellt werden könnten, hat die BL die Geschenkannahme nachträglich genehmigt. Die Feststellung ist damit ausgeräumt, das Ergebnis ist allerdings unbefriedigend.

### **9.2 Auftrags- und Leistungsabrechnung bei internen Aufträgen**

Überprüft wurde die Rechnungslegung gegenüber dem Tiefbauamt, in Bezug auf die Abrechnung der Stundensätze geleisteter Arbeit (Rapportzettel). Sind die über

Rapportzettel ausgewiesenen mit den abgerechneten Stunden identisch und korrekt. Berücksichtigt wurden hierbei auch etwaige Zeitzuschläge für geleistete Arbeit.

Es wurde folgende zusammenfassende Feststellung getroffen:

Die Abwicklung der Abrechnung ist geordnet.

- a) Kontrollen durch das auftraggebende Amt bei der Auftragsausführung und den erstellten Rapporte fehlen.
- b) Eine Kalkulation der Verrechnungssätze lag nicht vor.
- c) Es wird keine einheitliche Abrechnungsmethode angewendet (z.B. Pauschale für WC-Reinigung, Leiharbeitsleistung, Eigenleistung).

### **9.3 Auftragserteilung an eine Firma**

Geprüft wurde die Auftragserteilung und Zusammenarbeit mit einer Werbefirma über einen längeren Zeitraum. Die Überprüfung hat das Verfahren der Auftragsvergabe, die Angebotseinholung und buchhalterische Bearbeitung umfasst.

Es wurde folgende zusammenfassende Feststellung getroffen:

- a) Die enge Verbindung mit der Firma ist auffallend und bei der einen oder anderen Rechnung kann man sich über die bestellten Lieferungen und Leistungen nur wundern.
- b) Die Auftragsvergaben erfolgten ohne Einholung von Vergleichsangeboten. Die einzelnen Auftragssummen erforderten keine Ausschreibung.
- c) Die buchhalterische Bearbeitung war in Ordnung.

### **9.4 Rahmenbedingungen und Strukturentwicklungen im Personalbereich**

Die Personalkosten betragen am Gesamtaufwand des Eigenbetriebs zwischen 60 und 66 %. Zu diesem wesentlichen Kostenfaktor haben wir verschiedene Zahlen beleuchtet und bewertet. Immer weniger Beschäftigte erfordern höhere Personalaufwendungen. Der Aufwand pro Kopf ist von 39.722 € im Jahr 2000 auf 48.250 € 2006 gestiegen. Das sind 21,5 % Steigerung und das bei 9,6 % weniger Mitarbeiter.

Der Gesamtaufwand des Betriebs im Vergleich zum Personalaufwand zeigt in verschiedenen Jahren starke Abweichungen. Es kann nur eine jährliche Analyse der BL zeigen wodurch diese Schere entsteht. Unsere Recherchen haben ergeben, dass jährlich unterschiedlich hohe Leistungen eingekauft werden. Siehe untenstehende Tabelle.

Im BHR könnten verschiedene Sachkosten auch in Personalkosten umgewandelt werden mit der Folge steigender Personalaufwendungen und Stellenanstieg. Für die Entwicklung des BHR stellt sich die Frage, ob es immer richtig ist Arbeitsplätze im produktiven Bereich abzubauen, dafür aber Leistungen einzukaufen.

Im Falle eines Betriebsvergleiches auf kommunaler Ebene ist es wichtig dass die Betriebe eine gleiche Struktur haben bzw. Vergleichbarkeit hergestellt wird. Um

die entsprechende Wirkung zu verdeutlichen erstellen wir ein Beispiel anhand der tatsächlichen Zahlen im BHR.

Jahr	2005	2006	2007
Sachkostenbereich	€	€	€
Verwaltungsk. der Lohnbuchh.	68.800	71.800	64.900
Personalleihe	139.988	91.691	154.531
bezogene Leistungen	691.219	474.679	592.196
Fremdreinigung (Differenz)ca.		10.000	20.000
Jahresabschluss Ernst&Young	10.691	8.921	11.597
<b>Summe:</b>	<b>910.698</b>	<b>657.091</b>	<b>843.224</b>

Diese Aufstellung soll zeigen wie vielschichtig das Betriebsmanagement kalkulieren und agieren muss um zu wirtschaftlichen Lösungen zu kommen.

Nach Auskunft der BL ist die Vergleichsringarbeit an welcher der BHR ursprünglich teilgenommen hat gescheitert, weil gerade diese Vergleichbarkeit nicht gegeben war. Wir vertreten die Auffassung, dass Kennzahlen und Betriebsvergleiche unerlässlich sind um über ein Kontrollinstrument für wirtschaftliches Handeln zu verfügen.

## 9.5 Verwaltungsteam als Teil des BHR

### 9.5.1 Personalaufwendungen

Plan	€	€	%
Jahr	Gesamt	Verwaltung	Verwaltungsanteil
2005	3.950.000	328.600	8,3
2006	3.950.000	210.000	5,3
2007	4.020.000	409.050	10,2
2008	4.100.000	292.233	7,1

Rechnungsergebnis	€	€	%
Jahr	Gesamt	Verwaltung	Verwaltungsanteil
2005	3.976.893	362.000	9,10
2006	4.054.278	402.128	9,92
2007	3.976.974	396.880	9,98

Die als Rechnungsergebnis dargestellten Zahlen sind der Lohnbuchhaltung entnommen. Sie stimmen wegen der fehlenden Jahresabschlussbuchungen im Betriebshof nicht mit dem Ergebnis der GuV überein. Die Darstellung musste in dieser Weise erfolgen, da die Zahlen pro Mitarbeiter (hier Verwaltungsteam) nur aus der Lohnbuchhaltung zu entwickeln waren.



### 9.5.2 Stellenplan:

Jahr	Gesamtstellenzahl	Verwaltungsstellen	Anteil in %
2005	82,60	5,30	6,42
2006	82,60	6,30	7,63
2007	82,45	6,30	7,64
2008	82,45	6,35	7,70

Die Steigerung von 5,30 auf 6,35 Stellen entspricht ca. 20 %.

### 9.5.3 Entwicklung

Im Verwaltungsteam wurde eine leitende Stelle zusätzlich geschaffen während gleichzeitig im produzierenden Bereich Stellenreduzierungen vorgenommen wurden. Nicht allein die Stellenausweitung sondern auch die große Zahl an bezahlten Überstunden die neben der Betriebsleitung auch andere Verwaltungsmitarbeiter erbringen sind für höhere Aufwendungen verantwortlich.

Eine ausreichende Begründung für die Stellenmehrung ist weder bei der Haushaltsberatung 2006 (Stellenplan) zu finden noch wurde ein Gemeinderatsbeschluss 2005 für die über- und außerplanmäßige ursprünglich befristete Stellenbesetzung herbeigeführt. Erst mit Änderung der Betriebssatzung (Anpassung der Satzung an TvöD) am 27.11.06 wurde nebenbei die Zuständigkeit der BL so ausgeweitet, dass ab diesem Zeitpunkt die BL die Stelle eigenständig hätte besetzen können. In der Praxis wurde die Befristung (bis 30.06.08) bei der Stelle Verwaltungsteamleitung vorzeitig (30.11.07) beendet und ab 01.12.07 eine Beschäftigung auf unbestimmte Zeit geschlossen.

Daneben werden Sachkosten ausgelöst die eigentlich der laufenden Geschäftsführung zuzuordnen sind und im Aufgabenumfang der Betriebsleitung liegen. In großem Umfang wurde Personalberatung in Anspruch genommen. Insgesamt sind in den letzten Jahren ca. 74.000 € aufgewendet worden.

Die Fixkosten der Verwaltung sind von weniger produktiv tätigen Mitarbeitern zu erarbeiten bzw. ein Steigen der Verrechnungssätze ist die notwendige Folge.

Betriebswirtschaftliche Vergleiche und Entwicklungen sind schon betriebsintern über die Jahre nicht gut möglich, weil eine klare Linie bei der Zuordnung von Stellen und Personalkosten (Kostenstellen) nicht gegeben ist.

### 9.5.4 Einzelprüfung der Personalakten des Verwaltungsteams

Es wurden alle wichtigen Fakten ermittelt wie Art der Stellung, Umfang der Beschäftigung, Eintritt- und Austrittsdatum, Eingruppierung, Überleitung TvöD, Stellenbewertung, Leistungsbonus, Besonderheiten (z.B. Überstunden, Nebentätigkeiten, Mutterschutz, usw.).

Auffällig waren die im Verwaltungsteam bezahlten Überstunden. Nach § 7 DA Arbeitszeitflexibilisierung (D-68-01) müssen die Überstunden im Voraus angeordnet werden. Die aufgelaufenen Mehr- oder Überstunden werden i.d.R. im Nachhinein

zur Auszahlung angeordnet. Die Regelung lässt eine äußerst anpassungsfähige Arbeitszeit zu. Es kann fast unbegrenzt bei weniger Arbeitsanfall Freizeitausgleich gewährt werden. Die Überstunden des Verwaltungsteams BHR mit zusammen (1.492 Stunden) in den Jahren 2005/2006 und 2007 entsprechen durchgängig einer 30 % Stelle.

Es entsteht der Eindruck, dass durch großzügige Überstundenregelungen überbordende Bezahlungen erreicht werden sollen.

Die Stichtagsbetrachtung lässt darauf schließen, dass die Aufgaben des Verwaltungsteams weiterhin nur mit beachtlichen Überstunden (612,5 Stunden am 13.03.08) zu bewältigen sind. Es stellt sich die Frage nach einer Überprüfung der Strukturen (Führung, Aufgabenverteilung, Verantwortung).

### 9.6 Auftragslage / Aufgabenerfüllung des Eigenbetriebs als Hilfsbetrieb

Nach Aussage der BL in den jährlichen Erläuterungen zum Wirtschaftsplan als auch in den Lageberichten, ist beabsichtigt die Drittumsätze als Standbein zur Verbesserung der Auslastung weiter auszubauen. Dies ist mit den Grundsätzen des Hilfsbetriebes, der zur ausschließlichen Deckung des Eigenbedarfs der Stadt Ravensburg besteht nicht vereinbar (§ 3 Abs.1 Betriebssatzung).

Im folgenden soll der Anteil der Umsätze an Dritte über die letzten Jahre aufgezeigt werden. Es ist eine Steigerung von 2,6 % auf 6,6 % des Gesamtumsatzes im Jahr 2007 zu erkennen, oder in absoluten Zahlen ausgedrückt von 143.963 € 2001 auf 422.729 € im Jahr 2007.

	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
	€	€	€	€	€	€	€
Gesamtumsatz	5.625.267	5.468.140	5.733.254	5.912.447	6.487.243	6.117.230	6.443.119
Aufträge von Dritten	143.963	320.686	295.530	405.598	518.359	464.849	422.729
Anteil in %	2,56	5,86	5,15	6,86	7,99	7,60	6,56

Antwort (30.06.08) der BL auf die Feststellung des RPA: " Eine Ausweitung des mit Dritten getätigten Auftragsvolumen ist wegen der anhaltend sehr guten Auslastung nicht geplant."

### 9.7 Betriebserfolg / Ermittlung der Leistungszulagen

Am 25.10.04 wurden durch Beschluss des TA/TABA (DS 2004/284), GR 13.12.04 Kriterien zur Bemessung des Betriebserfolges eingeführt. Die BL spricht von einem fundierten Leistungsschema. Ein zur Verfügung stehender Bonustopf (180.000 € = 100 %) wird nach im Wirtschaftsplan festgelegten Kriterien jährlich verteilt.

Es gilt:

- Kriterium ist ganz erfüllt = 100 %
- Kriterium ist teilweise erfüllt = 1 – 99 %
- Kriterium ist nicht erfüllt = 0 %

Der Mittelwert aus den so bewerteten Kriterien stelle den "Betriebserfolg " eines Wirtschaftsjahres dar (4 %-Sätze aufaddiert und durch 4 dividiert).

Als Kriterien wurden beschlossen:

- Krankenstand
- Produktivität
- Personalverrechnungssatz
- Jahresergebnis.

Erstmalig 2005 soll durch die Festlegung der Zielgröße der Betriebserfolge fundiert festgelegt werden im Abgleich Zielvereinbarung / Zielerreichung.

Auch für 2006 wird dargelegt, dass die Erfolgskriterien berechnet werden. Eine Berechnung im Sinne der Mathematik wurde jedoch nicht vorgenommen. Auch nach Rückfrage bei der BL konnte kein System das einer Berechnung gleich kommt gefunden werden.

Wir schlagen deshalb eine rechnerische Ermittlung der Leistungszulage und damit eine konkrete Möglichkeit der Bewertung des Betriebserfolges vor. Bei unserem Vorschlag haben wir uns am Schema des BHR orientiert, die gleichen Kriterien herangezogen, aber mit errechenbaren Komponenten ausgefüllt (Ist-Zahlen der letzten 3 Jahre). Zusätzlich müssen nach unserer Auffassung die Kriterien gewichtet werden, damit der Verteilertopf von 180.000 € eine genaue Zuordnung zu den verschiedenen Kriterien erfährt.

Das RPA hat der BL ein rechnerisch nachvollziehbares Beispiel erarbeitet das in die Praxis umgesetzt werden kann.

Auf unseren Prüfbericht Nr. 6/2007 vom 08.05.08 hat die BL um eine Fristverlängerung für die Ausräumung bis 31.10.08 gebeten. Es wurde eine Arbeitsgruppe gebildet. Nach einem Zwischenstandsbericht der BL tagte diese am 14.10.08 zum 2. Mal.

## 10. Ortsbauhöfe

### **(Gemeinsamer Bericht der Ortschaften Eschach, Taldorf und Schmalegg)**

Es ist festzustellen, dass die jährlich von den Ortschaften erstellten "Betriebsvergleiche" ( DS 2008/250) untereinander und im Bezug auf den BHR nicht zulässig sind.

Jede Ortschaft muss für ihren Bauhof Verrechnungssätze kalkulieren und verrechnen. Die Verrechnungssätze des Eigenbetriebes haben eine völlig andere Kalkulationsgrundlage als die Ortschaften.

Die ausgewiesenen Überschüsse bei den Ortschaften kommen nur zustande, weil der zu hohe Verrechnungssatz des BHR angewendet wird. Die Bauhöfe als Hilfsbetrieb der Ortschaften dürfen keine Gewinne erzielen.

Am 18.09.08 fand eine Besprechung zwischen dem RPA und den Ortschaften zu diesen Feststellungen statt. Es wurde Einigung darüber erzielt, dass die Ortsbau-

höfe eine eigene Kalkulation ihrer Verrechnungssätze vornehmen müssen. Die bisher dem GR vorgelegten Betriebsvergleiche werden solange nicht mehr durchgeführt.

Es ist sinnvoll, dass sich die Ortschaften des EDV-Systems des BHR bedienen. Die Ortschaften bezahlen für diese Dienstleistung. Das RPA geht davon aus, dass diese Vergütung kostendeckend ist. Sie wird laut BL über Zeitaufschriebe abgerechnet.

## **11. Bestätigungsvermerk**

Der Jahresabschluss 2007 des Betriebshofes der Stadt Ravensburg war nach § 111 GemO daraufhin zu prüfen, ob

- bei den Erträgen und Aufwendungen und bei der Vermögensverwaltung nach dem Gesetz und den bestehenden Vorschriften verfahren worden ist,
- die einzelnen Rechnungsbeträge sachlich und rechnerisch in vorschriftsmäßiger Weise begründet und belegt sind,
- der Wirtschaftsplan eingehalten worden ist und
- das Vermögen und die Schulden richtig nachgewiesen sind.

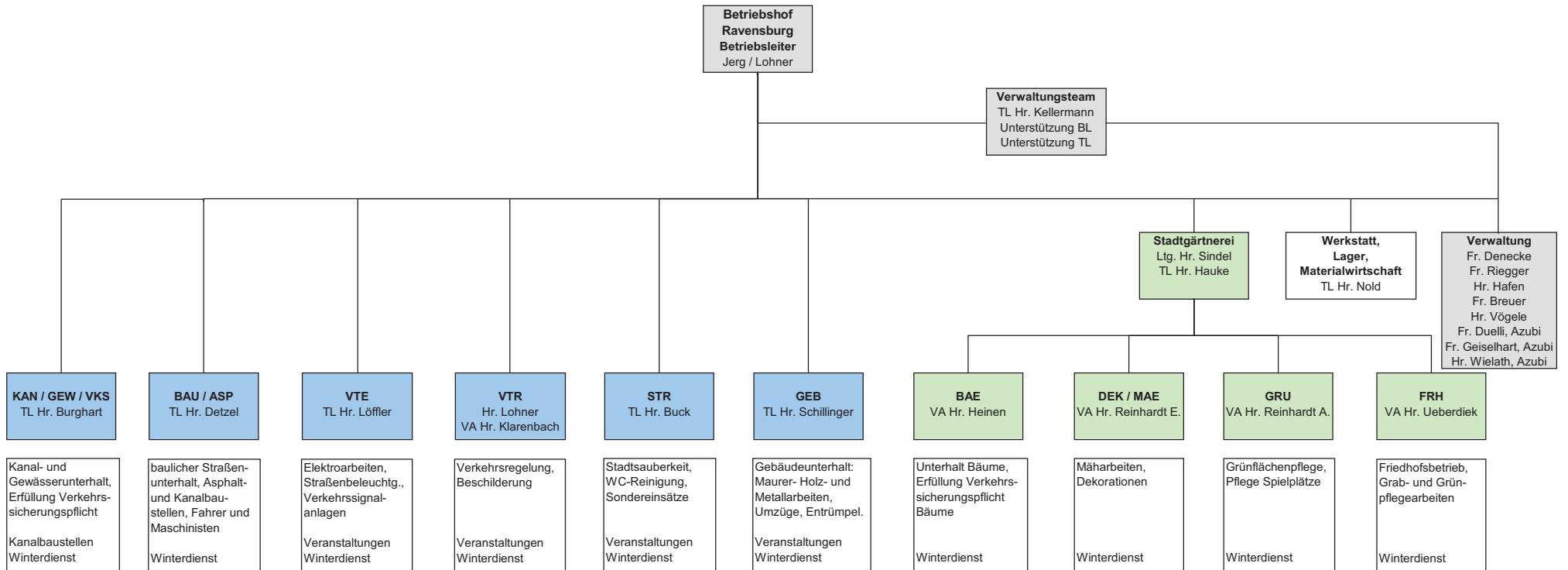
Es ergaben sich keine Verstöße die der Feststellung des Jahresabschlusses entgegenstehen. Dem Gemeinderat wird empfohlen den Jahresabschluss 2007 festzustellen.

Ravensburg, den 15.10.2008  
Rechnungsprüfungsamt

gez.

Müller

# Organigramm Betriebshof der Stadt Ravensburg



**Rechnungsprüfungsamt**  
Georgstraße 25  
88212 Ravensburg  
[www.ravensburg.de](http://www.ravensburg.de)

 **Stadt**  
Ravensburg